

## **BN fordert zum Internationalen Tag des Waldes: Wälder müssen besser vor Rodungen geschützt werden**

Zum Internationalen Tag des Waldes fordert der BUND Naturschutz in Bayern (BN), dass die Wälder in Bayern besser geschützt und damit in ihrer Fläche erhalten werden. „Wir stellen mit großer Sorge fest, dass der „Run auf Wälder“ als billige Flächenreserve ungebrochen ist“, so Martin Geilhufe, Landesbeauftragter des BN. „Immer wieder werden vor allem Staatswälder für Gewerbegebiete, für Sandabbau, für Leitungstrassen und für Freizeitprojekte gerodet.“ Neben einer schonenden Waldwirtschaft kommt es in Zeiten der Klimakrise zuvorderst darauf an, die Wälder an sich zu erhalten, weil deren Bedeutung für den Wasserrückhalt, als Kohlenstoffspeicher und als natürliche Kühlanlagen steigt. „Wälder müssen als grüne Lungen gerettet werden und dürfen nicht zur Flächenreserve für Bau- und Abbauprojekte verkommen“, so Geilhufe. „Wir fordern von der Staatsregierung den gesetzlichen Schutz für den Erhalt der Wälder zu stärken, insbesondere müssen die Rodungen von Staatswäldern gestoppt werden“. Von 2010 bis 2019 wurden in Bayern über 3.200 Hektar Wald gerodet. Sogar die sogenannte Waldflächenbilanz, bei der den Rodungen die Erstaufforstungen gegenübergestellt werden, ist für 2018 und 2019 erstmalig seit Mitte der 1980er Jahre negativ.

### ***Mittelfranken und Oberpfalz sind besonders betroffen***

In Mittelfranken plant Netzbetreiber Tennet die Juraleitung P53 zu erneuern, was ca. 130 bis über 200 Hektar an Wald betreffen kann. Im Landkreis Roth wurden Rodungsarbeiten für Sandabbau begonnen, denen insgesamt knapp 10 Hektar Wald zum Opfer fallen sollen. Im südlichen Mittelfranken sollen am Brombachsee 58 Hektar für eine Ferienanlage und für ein Immobilienprojekt gerodet werden. In der Oberpfalz wurde ein 65 Hektar großes Rodungsvorhaben der Stadt Weiden für ein Gewerbegebiet im Staatswald erst durch einen Bürgerentscheid gestoppt. In der Gemeinde Ebermannsdorf im Landkreis Amberg-Weizsach wurden erst vor zwei Jahren mehr als 10 Hektar Staatswald für ein Gewerbegebiet gerodet. Derzeit läuft dort ein Verfahren für einen Rohstoffabbau, das weitere 18 Hektar Staatswälder betrifft. In der Stadt Roding im Landkreis Cham wurden 6 Hektar Staatswald für das Gewerbegebiets Sanddickicht gerodet, das nun in den Staatswald hinein erweitert werden soll. Außerdem ist in der Stadt Teublitz im Landkreis Schwandorf ein Gewerbegebiet beschlossen worden, das 21 Hektar Staatswald kosten soll.

### ***Viele Waldverluste auch in Südbayern***

Bei Meitingen im Landkreis Augsburg wollen die Lech-Stahlwerke knapp 18 Hektar Wald roden, obwohl der als Bannwald vor Rodungen eigentlich besonders geschützt sein soll. Ende 2020 war auch eine Petition an den Landtag zum Erhalt des

**Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, Nürnberg

19. März 2021

PM 027-21/LFG

Wald

Waldes an der Mehrheit von CSU, FW, SPD und FDP gescheitert. Im Landkreis München sind 42 Hektar Bannwald im Forst Kasten zwischen Neuried und Planegg vom Kahlschlag für Kiesabbau akut bedroht, im Landkreis Fürstenfeldbruck sind es 15 Hektar Wald im Rothschaiger Forst. Im Landkreis Starnberg sollen bei Gauting 30 Hektar Bannwald im Unterbrunner Holz für ein Gewerbegebiet gerodet werden und in Schorn bei Starnberg soll ein Gewerbegebiet entstehen mit einer geplanten Rodung von ca. 5,3 Hektar.

### ***Waldschutz darf sich nicht nur auf Sonntagsreden beschränken***

Nach Ansicht des BN stehen diese massiven Eingriffe, die oftmals Staatswald betreffen und von Behörden genehmigt wurden bzw. werden müssen, in deutlichem Widerspruch zu den politischen Willensbekundungen der Staatsregierung. Zuletzt hatten Vertreter der Regierungskoalition in Bayern bei der aktuellen Stunde am 16.03.2021 im Landtag „Alleskönner Wald: Lebens- und Erholungsraum, Klimaschutz, Wirtschaftsfaktor und noch viel mehr“ die große Bedeutung der Wälder in Bayern für die Allgemeinheit und für die Waldwirtschaft betont. „Wenn die Staatsregierung derartige Rodungen in ganz Bayern zulässt, wird sie als Klimaschützer unglaubwürdig“, kritisiert Geilhufe. „Wer im eigenen Land die Wälder nicht schützt und erhält, kann sich international auch nicht glaubwürdig für den Erhalt der Regenwälder einsetzen“. In der Klimakrise muss der Walderhalt grundsätzlich einen wesentlich höheren Stellenwert bekommen. Jede Rodung verkleinert die Waldfläche und reduziert die Kühlleistung des verbleibenden Waldes. Zwischen Großstädten und größeren Waldgebieten kann der Temperaturunterschied an der Oberfläche im Sommer bis über 20°C betragen. Gerade an neu durch Rodungen aufgerissenen Waldrändern sterben besonders viele Bäume. Rodungen setzen die Vitalität und die Überlebenschancen für den „Restwald“ herab!

### ***Ausgleichsmaßnahmen greifen zu kurz***

Waldrodungen werden oft damit begründet, dass die Eingriffe „ausgeglichen“ werden könnten. Aufgrund der vielfältigen Leistungen der zu rodenden Wälder trifft dies aber nach Ansicht des BN aber nicht zu. Denn die Leistungen der beseitigten Wälder werden entweder gar nicht oder nur nach jahrzehntelangem Verzug auch nur annähernd erfüllt. So können in sog. Ersatz-Aufforstungen über etliche Jahrzehnte keine Spechte mehr brüten. Der Verlust des Kohlenstoffspeichers des gerodeten Waldes kann erst nach vielen Jahrzehnten aufgefangen werden. Dabei sind die Verluste aus dem Waldboden als größtem Kohlenstoffspeicher noch gar nicht berücksichtigt. Die in Bayern verbreitete Rodungspraxis widerspricht demnach klar den politischen Beschlüssen zum Pariser Klimaschutzabkommen. Diese bedeutet, dass Kohlenstoff-Emissionen massiv vermindert und Kohlenstoff-Senken wie Wälder erhalten und vermehrt werden müssen.

Für Rückfragen: Dr. Ralf Straußberger, BN-Waldreferent, Tel 0171-738 17 24

### **Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, Nürnberg

19. März 2021

PM 027-21/LFG

Wald